25.024 *s* Kriegsmaterialgesetz (Aufnahme einer Abweichungskompetenz für den Bundesrat). Änderung

Geltendes Recht	Entwuf des Bundesrates	Beschluss des Ständerates	Anträge der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates	
	vom 12. Februar 2025	vom 11. Juni 2025	vom 11. November 2025	
			Mehrheit	**Minderheit** (Chollet, Andrey, De Ventura, Fridez, Glättli, Molina, Seiler Graf, Zryd)
		Eintreten und Zustimmung zum Entwurf, wo nichts vermerkt ist	*Eintreten und Zustimmung zum Beschluss des Ständerates, wo nichts vermerkt ist*	*Nichteintreten*

Bundesgesetz über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG)

Änderung vom ...

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 12. Februar 2025[1],

beschliesst:

1 BBl **2025** 650

Geltendes Recht	*Bundesrat*	*Ständerat*	*Kommission des Nationalrates*	
	I	I	I	
	Das Kriegsmaterialgesetz vom 13. Dezember 1996[2] wird wie folgt geändert:			
Art. 18 Nichtwiederausfuhr-Erklärungen; Ausnahmen		*Art. 18*	*Art. 18*	
			Mehrheit	**Minderheit** (Molina, Andrey, Chollet, De Ventura, Fridez, Glättli, Seiler Graf, Zryd)
[1] In der Regel kann eine Ausfuhrbewilligung nur erteilt werden, wenn es sich um die Lieferung an eine ausländische Regierung oder an eine für diese tätige Unternehmung handelt, und wenn eine Erklärung dieser Regierung vorliegt, dass das Material nicht wieder ausgeführt wird (Nichtwiederausfuhr-Erklärung).			[1] Wenn aussen-, neutralitäts- oder sicherheitspolitische Gründe dies erfordern, kann der Bundesrat vom staatlichen Endempfänger eine Nichtwiederausfuhrerklärung verlangen. *(siehe Abs. 1bis und Abs. 2)*	[1] Eine Ausfuhrbewilligung kann nur erteilt werden, wenn es sich um die Lieferung an eine ausländische Regierung oder an eine für diese tätige Unternehmung handelt, und wenn eine Erklärung dieser Regierung vorliegt, dass das Material nicht wieder ausgeführt wird (Nichtwiederausfuhr-Erklärung).

2 SR **514.51**

Geltendes Recht	*Bundesrat*	*Ständerat*	*Kommission des Nationalrates*	
			Mehrheit	**Minderheit** (Flach, De Ventura, Molina, Zryd)
		[1bis] Gehört der Empfängerstaat von Kriegsmaterial zu denjenigen Ländern, für welche der Bundesrat Ausnahmen von der Einzelbewilligungspflicht vorsieht [Länder des Anhangs 2 KMV], so darf es das seit Inkrafttreten dieser Bestimmung erhaltene Kriegsmaterial ohne Zustimmung der Schweiz an ein anderes Land weitergeben.	[1bis] *Streichen* *(siehe Abs. 1 und Abs. 2)*	[1bis] Gehört der Empfängerstaat von Kriegsmaterial zu denjenigen Ländern, für welche der Bundesrat Ausnahmen von der Einzelbewilligungspflicht vorsieht [Länder des Anhangs 2 KMV], so darf es das seit Inkrafttreten dieser Bestimmung erhaltene Kriegsmaterial ohne Zustimmung der Schweiz an ein anderes Land, für welches der Bundesrat ebenfalls Ausnahmen von der Einzelbewilligungspflicht vorsieht, weitergeben.
[2] Auf die Nichtwiederausfuhr-Erklärung kann bei Einzelteilen oder Baugruppen von Kriegsmaterial verzichtet werden, wenn feststeht, dass sie im Ausland in ein Produkt eingebaut und nicht unverändert wiederausgeführt werden sollen, oder wenn es sich um anonyme Teile handelt, deren Wert im Verhältnis zum fertigen Kriegsmaterial nicht ins Gewicht fällt.			[2] Bei Einzelteilen und Baugruppen wird grundsätzlich auf die Nichtwiederausfuhr-Erklärung verzichtet, wenn feststeht, dass es sich um eine Zulieferung im Rahmen einer internationalen Wertschöpfungskette handelt. *(siehe Abs. 1 und Abs. 1[bis])*	

Geltendes Recht	*Bundesrat*	*Ständerat*	*Kommission des Nationalrates*		
			Mehrheit	**Minderheit I** (Molina, Andrey, Chollet, De Ventura, Flach, Fridez, Glättli, Seiler Graf, Zryd)	**Minderheit II** (Chollet, Andrey, Fridez, Glättli)
			[3] Gehört der Empfängerstaat zu den Ländern gemäss Artikel 17 Absatz 3bis [Länder des Anhanges 2 KMV], so gilt diese als aufgehoben, wenn sich der Empfängerstaat verpflichtet, das Kriegsmaterial nur unter folgenden Bedingungen an einen Drittstaat weiterzugeben: a. der Drittstaat macht von seinem völkerrechtlichen Selbstverteidigungsrecht, welches von einer Resolution der UNO-Generalversammlung festgestellt wurde, der die Schweiz zugestimmt hat, Gebrauch oder der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einen Verstoss gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot nach Artikel 2 Absatz 4 der UNO-Charta festgestellt; oder der Empfängerstaat kommt, sofern keine auf den laufenden Konflikt bezogene Resolution der UNO-Generalversammlung vorliegt, gestützt auf seine völkerrechtliche Analyse zum Schluss, dass der Tatbestand für das Selbstverteidigungsrecht gemäss Artikel 51 UNO-Charta erfüllt ist; oder der Sicher	[3] Gehört der Empfängerstaat zu den Ländern gemäss Artikel 17 Absatz 3bis [Länder des Anhanges 2 KMV] und sind seit der Unterzeichnung der Nichtwiederausfuhr-Erklärung mindestens zehn Jahre verstrichen, so kann der Empfängerstaat in folgender Situation ausnahmsweise von der Nichtwiederausfuhr-Erklärung abweichen: a. der Drittstaat macht von seinem völkerrechtlichen Selbstverteidigungsrecht Gebrauch und der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einen Verstoss gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot nach Artikel 2 Absatz 4 der UNO-Charta festgestellt; oder der Empfängerstaat kommt gestützt auf seine völkerrechtliche Analyse zum Schluss, dass der Tatbestand für das Selbstverteidigungsrecht gemäss Artikel 51 UNO-Charta erfüllt ist; oder der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat Massnahmen nach Artikel 42 der UNO-Charta angeordnet, die Luft-, See- oder Landstreitkräfte der Mitgliedstaaten einschliessen;

Geltendes Recht	*Bundesrat*	*Ständerat*	*Kommission des Nationalrates*		
			(Mehrheit)	**(Minderheit I** (Molina, ...)**)**	**(Minderheit II** (Chollet, ...)**)**
				heitsrat der Vereinten Nationen hat Massnahmen nach Artikel 42 der UNO-Charta angeordnet, die Luft-, See- oder Landstreitkräfte der Mitgliedstaaten einschliessen; b. der Drittstaat verletzt gemäss der Analyse des Bundes die Menschenrechte nicht schwerwiegend und systematisch; c. im Drittstaat besteht gemäss der Analyse des Bundes kein hohes Risiko, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird.	b. der Drittstaat darf in keinen internen bewaffneten Konflikt verwickelt sein, darf die Menschenrechte nicht schwerwiegend und systematisch verletzen und es darf kein hohes Risiko bestehen, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird. *(siehe Art. 46 Abs. 3)*
Art. 22*a* Bewilligungskriterien für Auslandsgeschäfte		*Art. 22a*	*Art. 22a*		
[1] Bei der Beurteilung eines Gesuchs um die Bewilligung von Auslandsgeschäften nach Artikel 22 und von Abschlüssen von Verträgen nach Artikel 20 sind zu berücksichtigen: a. die Aufrechterhaltung des Friedens, der internationalen Sicherheit und der regionalen Stabilität; b. die Situation im Innern des Bestimmungslandes; namentlich sind zu berücksichtigen die Respektierung der Menschenrechte und der Verzicht auf Kindersoldaten;					

Geltendes Recht	*Bundesrat*	*Ständerat*	*Kommission des Nationalrates*
c. die Bestrebungen der Schweiz im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit; namentlich ist der mögliche Umstand zu berücksichtigen, dass das Bestimmungsland auf der jeweils geltenden Liste der Entwicklungshilfeempfänger des Entwicklungsausschusses der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD-DAC-Liste) unter den am wenigsten entwickelten Ländern aufgeführt ist;			
d. das Verhalten des Bestimmungslandes gegenüber der Staatengemeinschaft, namentlich hinsichtlich der Einhaltung des Völkerrechts;			
e. die Haltung der Länder, die sich zusammen mit der Schweiz an internationalen Exportkontrollregimes beteiligen.			
[2] Auslandsgeschäfte nach Artikel 22 und Abschlüsse von Verträgen nach Artikel 20 werden nicht bewilligt, wenn:			
a. das Bestimmungsland in einen internen oder internationalen bewaffneten Konflikt verwickelt ist;			
b. das Bestimmungsland Menschenrechte schwerwiegend und systematisch verletzt;			

Geltendes Recht	*Bundesrat*	*Ständerat*	*Kommission des Nationalrates*	
c. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt wird; oder				
d. im Bestimmungsland ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial an einen unerwünschten Endempfänger weitergegeben wird.				
			Mehrheit	**Minderheit** (Molina, Andrey, Chollet, De Ventura Fridez, Glättli, Seiler Graf, Zryd)
		[2bis] Absatz 2 gilt nicht für Länder, für welche der Bundesrat Ausnahmen von der Einzelbewilligungspflicht vorsieht [Länder des Anhangs 2 KMV]. Ausfuhrgesuche für diese Länder werden bewilligt, ausser es liegen ausserordentliche Umstände vor und die aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz erfordern eine Ablehnung. *(siehe Art. 22b)*	[2bis] Absatz 2 Buchstabe a gilt nicht für Länder, ... und die aussen-, neutralitäts- oder sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz erfordern eine Ablehnung. *(siehe Art. 22b)*	[2bis] *Streichen* (= g*emäss geltendem Recht)* *(siehe Art. 22b)*
[3] Abweichend von den Absätzen 1 und 2 kann eine Bewilligung erteilt werden für einzelne Hand- und Faustfeuerwaffen jeglichen Kalibers mit der dazugehörigen Munition, sofern die Waffen zur ausschliesslichen Verwendung für private oder sportliche Zwecke bestimmt sind.				

Geltendes Recht	*Bundesrat*	*Ständerat*	*Kommission des Nationalrates*	
[4] Abweichend von Absatz 2 kann eine Bewilligung für Auslandsgeschäfte für Ein-sätze zugunsten des Friedens erteilt werden, die auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa oder einer supranationalen Organisation, deren Ziel die Friedensförderung ist, durchgeführt werden.				
	Art. 22b Abweichung des Bundesrates von den Bewilligungskriterien für Auslandsgeschäfte	*Art. 22b*	*Art. 22b*	
			Mehrheit	**Minderheit** (Molina, ...)
		Streichen	*Gemäss Bundesrat*	*Gemäss Ständerat (= streichen)*
		(siehe Art. 22a Abs. 2bis)	*(siehe Art. 22a Abs. 2bis)*	*(siehe Art. 22a Abs. 2bis)*
	[1] Der Bundesrat kann unter Einhaltung der Voraussetzungen in Artikel 22 von den Bewilligungskriterien nach Artikel 22*a* abweichen, wenn: a. ausserordentliche Umstände vorliegen; und b. die Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen des Landes dies erfordert. [2] Erfolgt die Abweichung mittels Verfügung, so informiert der Bundesrat die sicherheitspolitischen Kommissionen der Bundesversammlung spätes-			

Geltendes Recht	*Bundesrat*	*Ständerat*	*Kommission des Nationalrates*
	tens 24 Stunden nach seinem Beschluss. 3 Erfolgt die Abweichung mittels Verordnung, so befristet der Bundesrat diese angemessen; ihre Geltungsdauer beträgt höchstens vier Jahre. Der Bundesrat kann die Geltungsdauer einmal verlängern. In diesem Fall tritt die Verordnung sechs Monate nach dem Inkrafttreten ihrer Verlängerung ausser Kraft, wenn der Bundesrat der Bundesversammlung bis dahin keinen Entwurf für eine Anpassung der gesetzlichen Bewilligungskriterien nach Artikel *22a* unterbreitet.		
Art. 46 Übergangsbestimmungen			*Art. 46*
1 …			
2 Verträge über die Übertragung von Immaterialgütern, einschliesslich Know-how, oder der Einräumung von Rechten daran, die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes abgeschlossen wurden, benötigen keine Bewilligung nach diesem Gesetz.			
			Mehrheit
			Minderheit II (Chollet, ...) 3 Der Empfängerstaat verpflichtet sich, das Kriegsmaterial nicht weiterzugeben. *(siehe Art. 18 Abs. 3)*

Geltendes Recht	*Bundesrat*	*Ständerat*	*Kommission des Nationalrates*
	II		
	1 Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.		
	2 Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.		
	Antrag des Bundesrates: Abschreiben eines Vorstosses gemäss Deckblatt der Botschaft.		